

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Montag aussermittags. Der monatliche Preis beträgt durch unsere Beilegen, ausgegeben ohne Beilage 1,40 Mark, durch die der 1,85 Mark und 40 Pfennige Zuzugabe. Inhalt der Ausgaben: Jahrs- und Monatsnummern. Jahrs- und Monatsnummern.

Die Ausgaben werden nach Abrechnung des Monats 0,12 Mark. Der Jahrgang: 12,00 Mark. Der Jahrgang: 12,00 Mark. Der Jahrgang: 12,00 Mark.

Neues in Kürze.

Strahlmeldungen und Radiotelegramme.

Am 26. August ist im Verlauf der allgemeinen Aussprache zum Notetage folgender Notenausgang der Nationalsozialistischen Freiheitspartei eingeleitet: Der Reichstagsminister und die Reichstagsmitglieder besitzen nicht das Vertrauen des Reichstages.

Der preussische Innenminister Goering läßt durch den amtlichen Preussischen Pressedienst demontieren, daß das Reichsbanquet „Schwarz-Rot-Gold“ vom 1. August d. J. an, offiziell das Recht habe, öffentlich Waffen zu tragen.

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichstagsrates erklären die Verabreichung der Umwälzung auf 1 1/2 Proz. für nötig.

In der Zeit vom 1. bis 15. Juli ist im unbesetzten Deutschland die Zahl der unterfertigten Erwerbslosen von 239.000 auf 276.000, die Zahl der Zulassungsempfänger unterfertigungsberechtigter Angehöriger von Erwerbslosen von 297.000 auf 334.000 gestiegen.

In Oberhessen traten über 30.000 Arbeiter der Zink- und Eisenhütten in den Streik, da sie mit dem 10-Stunden-Tag nicht einverstanden sind.

Dem „Temps“ wird aus London gemeldet, daß nach offiziellen Mitteilungen Deutschland folgende Forderungen an die Londoner Konferenz stellen werde: 1. Gleichberechtigung der deutschen Vertreter mit den übrigen Konferenzteilnehmern, 2. wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes, 3. Räumung der ersten belagerten Zone einschließlich des Kölner Brückenkopfes bis zum 1. Januar 1925. Der „Temps“ fügt hinzu, eine Erörterung der ersten und dritten deutschen Forderung würde abgelehnt werden (1).

80 Vertreter der nordamerikanischen Großbanken sind in Genf eingetroffen. Sie beschäftigen sich in Europa über die allgemeine Wirtschaftslage zu unterrichten.

Auf der Londoner Konferenz verläutet, daß Anfang nächster Woche französische und belgische Bankiers auf der Bildhülle erscheinen werden. Sie legen die englisch-amerikanischen Bankengruppen auszusprechen.

Das Organisationskomitee der deutschen Eisenbahngesellschaft hat gestern in London die Bearbeitung der Entwürfe eines Gesetzes und der Gesellschaftsstatuten der neuen Gesellschaft beendet und die Entwürfe mit seinem Bericht der Reparationskommission vorgelegt. Das Komitee hat in längerer Beratung der politischen und finanziellen Grundlagen für die Bewilligung der Gesellschaft gelehrt, die die größte der Welt sein wird und etwa 700.000 Arbeiter und Angestellte umfaßt.

Vom 17.-20. September wird in Stockholm ein internationaler Kurientesttag stattfinden. Fragen, wie das Recht der Währungsgebiete, Gebietsgrenzen zur See und Luftverkehrsgebiete kommen zur Beratung.

In Amsterdam brach in den Fabrikanlagen der niederländischen Petroleum- und Alkalis-Gesellschaft ein großes Feuer aus. Ein ungefähr 1/2 Millionen Liter fassender Petroleumbehälter hing Feuer und explodierte. Der Schaden wird vorläufig auf mehrere 100 Millionen Gulden veranschlagt. Amsterdam soll noch dem Feuer betroffen sein, da die Feuerwehr nicht in der Lage ist, das Brandes Herr zu werden.

Das englische Unterhaus hat die Wohnungsbau in drifter Lesung angenommen, nachdem ein konservativer Antrag auf Abweisung mit 226 gegen 131 Stimmen abgelehnt worden war.

In der Nähe von Rom wurde das Antik der russischen Geländekarte von einer Gruppe Faschisten angegriffen, die die kleinen roten Fahnen mit dem Wappen der Sowjets gemalt hatten. Die Faschisten wurden verhaftet.

Eine russische Prinzessin hat der Polizei in Belgard eine Anzahl Anzeigen über ein weitverzweigtes Komplott erstattet, an dessen Spitze der russische Botschafter in Moskau, der Herr von Lantzenfeldt, stehen soll. Die Anzeigen sollen Beweise dafür ergeben haben, daß Attentate auf den König und Papstlich vorbereitet seien.

Nach Abschluß des Kongresses der kommunistischen Frauen in Moskau haben die zur Vergewaltigung gehörenden Frauen die Redebeiträge gelehrt und Clara Zetkin zum Ehrenpionier der Besonderen Kindererziehung gewählt.

Die Vasovaganten melde aus Tassa, daß eine außerordentliche Sitzung des japanischen Kabinetts eine neue Politik gegenüber Rußland beschlossen habe. Die japanische Regierung soll jetzt bereit sein, die Sowjetregierung anzuerkennen.

„In die Ecke, Besen, Besen!“

Wir alle kennen sie, die Goethische Ballade vom Zauberlehrling, der die Wasserflut, die er heraufbeschworen, nicht wieder bannen konnte, und kennen das rettende Wort, mit dem der Meister die Wasser bannte: „In die Ecke, Besen, Besen! Sei's gewesen!“

Dieses Wort glaubt man heute aus dem Munde der amerikanischen Bankiers zu hören! Poinecaré, dieser Zauberlehrling, hat mit seiner Aikars- und Sanktionsheute einen Wasserflut hervorgerufen, der allmählich ganz Europa in Staub zu erlösen droht: In Frankreich über 2 Milliarden Goldfrank Jahresbedarf im Staatsausfall und 16 Milliarden Goldfrank unbesetzte und unbezahlte Schulden an Amerika, in England über 1 Million Arbeitslose und schwerkste Dämpfung des Handels und der Industrie (wir erinnern an die trübe Schilderung der „Welt Mail“, die wir vor einigen Tagen in Ueberleitung in unserm Handbillet wiedergeben). In Italien eine Wirtschaftslage, die die rasige Schilderung des Ministers Stefani vor seiner Abreise nach London am deutlichsten durch den Stand der Währung (weniger als 1/4 des Goldfranks) wiedergibt, in Deutschland endlich — nun, wir brauchen es nicht zu schildern: ein Griff in die Tasche oder die Geschäftsbücher sagen alles.

Da kommen die nächsten Amerikaner und machen dem ganzen Kriegs- und Sanktionsputz ein Ende. Die Forderungen dieser Weltbankiers werden immer deutlicher:

1. Frankreich gibt Sicherheit, daß es innerhalb in Deutschland unterstellt, da dieses sonst nicht kreditfähig ist.
2. Der Damesplan stellt in seiner augenblicklichen Form das äußerste Zugeständnis an Frankreich dar.
3. Sicherheiten gegen einen neuen Krieg.
4. Hypothekalische Sicherheiten im Falle einer deutschen Verfallens.

Eine geradezu herzerweichende Fritze mehr uns aus der nachstehenden Londoner Mitteilung an. Es ist nachdrücklich zu betonen, daß insbesondere der Teilhaber der Morganbank, Thomas Lamont, der bekanntlich im Monat März die Sitzungsaktion für den französischen Franken geleitet hatte, sich diesmal als der Unzulänglichste erweist, und gestern erklärte er ausdrücklich, daß er an der ganzen Angelegenheit überhaupt kein Interesse mehr habe. Die Franzosen sollten aufhören, wie sie fertig würden. Ein gegnerisches Verlangen für das Goldfrank erscheint ihm wichtiger als mit Franzosen Finanzfragen zu erörtern. Wenn aber die Franzosen glauben, daß sie die Anleihe für Deutschland bei der Morgangruppe unterbringen könnten, so sollten sie nicht zögern, das 16 Milliarden Schuldverleihen begeben werden müßten, und für die nächsten Jahre, wenn die Morgangruppe diese nicht übernehmen wollte, nur sehr schwer Zeichen finden.

Goethes Zauberlehrling war vernünftiger als Poinecaré, der vorläufig auf seine Wasserflut nicht verzichten will und jetzt seine Hoffnungen auf englische Bankiers und auf gewisse Konkurrenzunternehmen in Amerika setzt, die angeblich entgegenkommender sind. Wenn ein Geschäftsmann in schließlichen Zeiten seinen Bankier wechelt, ist das meist kein gutes Zeichen: bei Poinecaré wird es nicht anders sein. Wir können es abwarten.

Die Aussprache im Reichstag.

Inzwischen hat im deutschen Reichstag die Aussprache über auswärtige Politik eingeleitet. Der Reichstag (Zit.) verliest eine Erklärung, in der es heißt: Die Fraktionen des Zentrum, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei halten eine große außenpolitische Debatte in diesem Augenblick nicht für zweckmäßig. (Unruhe und Wahl-Rufe rechts.) Die genannten Fraktionen bezeichnen sich auf die Erklärung, daß sie die Politik des Reichskabinetts billigen, als deren Ziel sie die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens betrachten. (Zurufe der Rechten: „Landesverrat“, „Lügen“.) Das Gutachten darf aber nicht nur insofern durchgeföhrt werden, als es Deutschland Lasten auferlegt, sondern es muß auch den Bestimmungen Rechnung getragen werden, die auf Deutschlands Lage Rücksicht nehmen. Als Voraussetzung für die Bestimmung der deutschen Beiträge sind die Sachverständigen die Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit im gesamten Staatsgebiet. Deshalb muß das über den Vertrag von Versailles hinaus bestehende Gebietswirtschaftlich und militärisch getrennt (Zurufe rechts: Da könnt Ihr lange warten!), der Zer-

tragszustand im altbelagerten Gebiet wiederhergestellt, die Gelangung herbeigeföhrt (erneuter Beifall), und die deutsche Souveränität und die vom Rheinlandabkommen anerkannten Rechte der rheinischen Bevölkerung wiederhergestellt werden. (Wärmende Zwischenrufe auf der Rechten.)

Weber den Verlauf der Debatte berichten wir unten Näheres. Wichtig ist es, noch einmal die Grundzüge unserer Haltung aufzugeben und die Tatsachen, durch die die Mittelparteien und die Regierung zu ihrer Haltung bestimmt worden sind. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bremer hat gestern im Namen der Deutschen Volkspartei hierüber gesprochen aus erster Quelle berichtet:

Angangspunkt muß wohl über den Versailles Vertrag sein, den wir nicht einfach zerreißen können, sowie der heute juristisch maßgebende Reparationsplan: der Londoner Zahlungsplan, der uns so unglückliche Sagen auflegt, daß das nicht Kraft geltend werden konnte. Möglichen für die Beurteilung des Sachverständigengutachtens ist der Regierung vor allem das Angebot des Reichsstatlers Dr. Cuno, des Vorgesandten Stresemanns. Die Sachverständigenurteile lehnen sich so erg an das damals noch gemachte Angebot an, daß man die Abweichungen angeht der Größe des zu leistenden Reparationsproblems als lednische Einzelheiten aus der politischen Betrachtung der Frage nahezu ausschließen kann. Wenn heute behauptet wird, die Sagen seien untragbar, so ist dem breiteren eingegabenen.

1. Unter Cuno hat man ganz ähnliche Sagen für tragbar gehalten, 2. unsere heutigen Sagen und Resultate infolge der Ruhrbesetzung, Microm- und Sandabgabe der französischen Vermehrung im ersten Gebot und am mindestens 2 1/2 Milliarden Goldmark im Jahr zu leisten, 3. Im Sachverständigengutachten ist ausdrücklich festgelegt, daß die Zahlungen nur inwieweit geleistet werden können, als die deutsche Währung nicht beinträchtigt wird.

Nimmt man hinzu, daß in dem mit den Alliierten vereinbarten Ausführungsgelehen zum Gutachten die schwersten Einzelheiten des Gutachtens zum Teil beibehalten, zum Teil wesentlich gemildert sind, so kann die Behauptung der Unzulänglichkeit nicht mehr aufrechterhalten werden. Denn wir erreichen mit der Gutachtenannahme die Befreiung der Ruhr und Wiederherstellung der deutschen Verwaltung im alten Gebiete, wodurch die Gefahr einer Abtrennung dieser Gebiete, sowie die Reichsicherheit sichert ist.

Bei Ablehnung des Gutachtens dagegen stehen wir vor der Gefahr des Reichszerfalls und innerpolitischen Schwierigkeiten, die geradezu unlosbar erschein.

Daß die politischen Forderungen, wie sie jetzt in der gemeinsamen Parteilösung festzulegen niedergelegt sind, von unseren Unterhändlern in London fallengelassen werden, kann man keinesfalls ohne weiteres annehmen. Wenn

das gegenwärtige parteipolitische Verhalten insofern geht, daß man sich aufgeben in jeder Weise inwieweit abgegebene Erklärung befürchtet, dann ist — darüber muß man sich klar sein — eine politische Politik unter parlamentarischer Regierung form einladend. Denn ist die heutige „Kritik des Vertrages“ bereits insofern gegeben, daß der einzige Ausweg, die Diktatur eines Einzelnen, besteht, der niemandem Rechenschaft zu geben hat und der auf niemanden Vertrauen angewiesen ist, und Anspruch erhebt. Eine solche Diktatur ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Amerikaner rufen nicht nur den Franzosen und uns das „In die Ecke, Besen, Besen!“ zu, und wir sollten darauf hören, nicht weil es die Amerikaner rufen, sondern weil die deutsche Not uns gebietet, die nächsten Kernmaßnahmen zu treffen, die in erster Linie möglichste Erleichterung gegenüber den Franzosen und ferner ein schriftliches Borgehen verlangt.

Darum braucht auf keines anderer Rechte verzichtet zu werden, und das muß allerdings von unseren Unterhändlern verlangt werden, daß sie keinerlei Entschlüsse aussprechen und sich in keiner Weise dahin festlegen, als ob wir mit der Unterhandlung des Gutachtens den dadurch schaffenen Zustand als endgültig anerkennen.

Das Gutachten ist ein schwerer Schritt und bei den Verhandlungen mit der Entente muß alles versucht werden, ihn dem deutschen Volk zu erleichtern, mehr zu fordern und mehr zu treffen, als die bloßgestellten sehr geringere Gewinne und die Mindestforderungen unserer Regierung.

Unser muß klar stehen, daß dieser Schritt den wir uns Rat machen, eben nur ein Schritt auf dem langen Wege ins Land neuer deutsche Zukunft ist.

Der amerikanische Wahlkampf.

Morgan's Anwalt als Präsidentschaftskandidat — La Follette's „Dritte Partei“.

New York, im Juli. Der Verlauf der Nationalkonvention des Parteileiters ist, daß sich nunmehr die Beziehungen der einzelnen Parteien und ihrer Kandidaten aneinander abklären lassen.

Das selbst die künftigen Erwartungen auf Seiten der Gegner noch übertrifft hat. Das zweite Ereignis, das eine so positive Bedeutung besitzt, ist die

Kandidatur des Bundesanwalts La Follette, der sich an der Seite einer dritten, noch nicht fortgeführten Partei um die Präsidentschaft bewerben wird.

Der demokratische Kongress, der vom 23. April bis zum 9. Juli hier in New York tagte, hat gegenwärtig in der letzten Sitzung beschlossen, sich auf die Dauer nicht überdauern lassen werden. Die irisch-katholischen Elemente, die die demokratischen Parteiverbände in den mittleren Regionen der Union beherrschen, haben die national-protestantische Mod von dem Sen. St. Alan statt beeinflusslichen Sids und Westians gegenüber. Nach drei Wochen lang wurde von beiden Seiten mit der Entscheidung über die Nominierung gekämpft, bis schließlich der Kongress den ehrenwerten John St. James erlor, während La Follette am Ende von St. James. Die Folgen dieses Ereignisses lassen sich ohne weiteres vorhersehen herauszufinden.

Davis kommt aus dem Staate West-Virginia, ist Millionär und gilt als einer der besten Redner des Landes. Morgan erkrankte, wird am Generalwahltag und landete im Jahr 1918 als Präsidentschaft nach London, wo er sich bei den Engländern sehr bald sehr Kind an machen wußte. Infolge des republikanischen Scheiterns trat er im Februar 1921 von seinem Posten zurück und ließ sich in New York als Anwalt nieder. Seitdem hat er sich fast ausschließlich als juristischer Berater großer Finanzinstitutionen betätigt und steht als solcher in hohem Ansehen.

Engen Beziehungen zur Morganbank.

Diese engen Beziehungen zur Morganbank. Diese engen Beziehungen zur Morganbank. Diese engen Beziehungen zur Morganbank. Diese engen Beziehungen zur Morganbank. Diese engen Beziehungen zur Morganbank.

Man kann ohne Ueberbrettlung sagen, daß die Kandidatur eines Davis nach menschlichem Ermessen die demokratische Partei aus dem Rennen um die Präsidentschaft völlig ausschließt.

Die Wiederwahl des derzeitigen Präsidents Coolidge scheint nicht mehr in Frage gestellt.

Daran wird auch die unabhängige Kandidatur La Follette's kaum etwas ändern können, obwohl Ueberbrettlungen nicht ganz ausgeschlossen sind. Rein vernünftiger Weise ist es dem Kongress, daß der Senator von Wisconsin, der neugegründete fortwährende Partei auf Antrieb zum Präsidentschaft ernannt werden kann, die Ueberbrettlung sein, jedoch darf nicht vergessen werden, daß die La Follette-Partei und die Demokraten zusammen genügend viele Stimmen erhalten um eine republikanische Mehrheit im Electoralcollege zu verhindern.

Der Präsidents der Vereinigten Staaten geht nicht aus einer direkten Wahl hervor, sondern wird von einem Kollegium von Wahlmännern gewählt, das aus Delegierten der Einzelstaaten besteht.

Schritt seiner der Präsidentschaftskandidaten eine absolute Mehrheit der Wahlmännern, dann hat nach der Verfassung das Unterhaus der Repräsentantenhaus des Bundeskongresses die Wahl des Präsidents zu ergreifen. Kame es in diesem Jahr dazu, in welche das in den vergangenen Trümp für La Follette bedeutet, als seine Anhänger im Kongress dann in der Lage wären, mit der demokratischen oder republikanischen Partei zu verhandeln, um die Wahl eines fortwährenden Präsidents durchzuführen. Es wäre unter diesen Umständen selbstverständlich, daß dem Senator von Wisconsin ein maßgebender Einfluß auf die Wahl der nächsten Bundesregierung einzuwirken würde.

Das ist möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich. La Follette ist in den Parteiverhandlungen des mittleren Westens ein riesiger Name. Hier wird er, das ist, ein vieljähriger sehr Starker auf Rollen der beiden anderen Parteien erobert. Die übrigen Elemente, aus denen sich seine Gefolgschaft zusammensetzt, sind jedoch in den verschiedenen intellektuellen Kreisen in den Großstädten, einzelnen Gewerkschaften usw. werden ihm jedoch nicht so sehr folgen können, da sie aber nicht so sehr das Recht in Händen haben.

Zudem wird die Kandidatur La Follette's das große Ereignis dieses Wahljahres, weil wir ihm zum erstenmal seit langem wieder die Wahl unterwerfen wird, die unabhängigen Kandidaten unter einer Fahne zu sammeln.

